

Mitgliederbrief des Landesbezirks Hessen

bks

18. September 2007

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

das Maß ist voll..

Die GdP ruft gemeinsam mit den anderen DGB-Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes auf zu einer zentralen

Kundgebung in Wiesbaden am Mittwoch, 26. September 2007, 15.00 Uhr vor dem Hessischen Landtag

**Andere GdP-Landesbezirke haben ihre Unterstützung zugesagt.
Unser Bundesvorsitzender Konrad Freiberg sowie der DGB Vorsitzende, Michael Sommer werden zu uns sprechen.**

Während der laufenden Sondierungsgespräche für Tarifverhandlungen zwischen GdP, ver.di und GEW hat die Landesregierung am 15. Mai 2007 in einer Nacht- und Nebelaktion gemeinsam mit ihrem „Partner“, dem Hessischen Beamtenbund, ein Besoldungsdiktat für die Beamtinnen und Beamten zelebriert. Das Ergebnis lautet im Kern: Beibehaltung der 42-Stundenwoche, lineare Erhöhung von 2,4 % und Einmalzahlung von 15 % eines Monateinkommens.

Ministerpräsident Koch und Walter Spieß vom Beamtenbund haben deutlich gemacht, dass sie das Ergebnis auch auf die Tarifbeschäftigten übertragen wollen. Ein bisher einmaliger Vorgang in der Geschichte der Bundesrepublik.

Wie daher zu erwarten war, sind am 10. August 2007 die Sondierungsgespräche für Tarifverhandlungen zwischen Landesregierung und den Gewerkschaften gescheitert, denn eine deutliche Schlechterstellung unserer Beschäftigten in Hessen gegenüber allen anderen Bundesländern war mit uns nicht drin.

Es war bisher gängige Praxis, dass zunächst Tarifverhandlungen stattfanden und, nachdem man dort ein Ergebnis erreicht hatte, dieses auf den Beamtenbereich übertragen wurde.

Nun ersetzt die hessische Landesregierung freie Verhandlungen mit den Gewerkschaften durch gesetzliche Eigenmacht.

In den Landtag ist ein Gesetzentwurf eingebracht worden, mit dem gesetzlich die Zahlungen vorgenommen werden sollen, die zuletzt in den Verhandlungen angeboten worden waren. Erstmals in der Geschichte des Landes Hessen seit 1946 soll damit ein gesetzgeberischer Akt freie Tarifverhandlungen ersetzen.

Dies ist eine offene Verletzung der verfassungsrechtlich geschützten Tarifautonomie und ein Bruch mit politischen Gepflogenheiten im föderativen System der Bundesrepublik Deutschland.

Wenn es in Hessen zur Gewohnheit werden sollte, dass die Landesregierung nur noch mit einer Gewerkschaft verhandelt, die für sie bequem ist und ihr offensichtlich nahe steht, die anderen unbequemen, die die Interessen der Beschäftigten konsequent vertreten, aber außen vorlässt, dann bekommen wir in Hessen eine Veränderung des politischen Systems.

Nach den Beamten will man zukünftig auch den Angestellten und Arbeitern die Arbeitsbedingungen nach Gutsherrenart diktieren. Demokratische Strukturen geraten ins Wanken. Nachdem man die Rechte der Personalräte beschnitten hat, wird jetzt das Tarifrecht zerschlagen.

Was kann man dieser Landesregierung noch glauben? Mit der Einführung der 42-Stundenwoche hat Roland Koch schon einmal Wortbruch gegenüber der GdP und den Polizeibeschäftigten begangen. Mit Sonntagsreden loben Koch und Bouffier unsere Polizei für die hervorragende Arbeit, die enorme Einsatzbelastung anlässlich vieler Großlagen und im gleichen Atemzug erfährt diese Wertschätzung nicht ansatzweise den gerechten Lohn!

Nach dem Prinzip „**Teile und herrsche**“ versucht die hessische Landesregierung die Beschäftigten untereinander auszuspielen. Beamtenbund und DPoIG haben sich zu diesem Zweck offensichtlich instrumentalisieren lassen. Diese Vorgehensweise bedeutet den Verrat an den Interessen aller Beschäftigten.

Was bedeutet das Tarifiktat für unsere Kolleginnen und Kollegen ganz konkret?

Andere Bundesländer gewähren 2,9 % ab 01.01.2008 aufgerundet auf 5 Euro.
Hessen gewährt 2,4 % ab 01.04.2008 – bei einer Laufzeit von 5 Jahren!

Bei der Einmalzahlung wäre nach dem TVL (Tarifvertrag-Länder) unter Einbeziehung der Jahre 2006 und 2007 ein Betrag von etwa 950 Euro bei einer 40-Stundenwoche zustande gekommen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung sieht neben der Zahlung von 15 % oder 20 % eines Monatsverdienstes eine Zahlung von 500 € vor, wenn freiwillig die Arbeitszeit auf 42 Stunden erhöht wird (durch die Nachwirkung kann man die Arbeitszeit für Altverträge nicht zwangsweise erhöhen). Wer freiwillig die Arbeitszeit erhöht, **wird für einen Nettolohn von etwa 2,35 Euro die Stunde seine Mehrstunden ableisten.**

Das alles wird von Roland Koch und Volker Bouffier so kommentiert, dass man die Beschäftigten an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben lassen wolle. Eine prozentuale Erhöhung würde niedrig gehalten, um zukünftige Haushalte nicht zu belasten. **Die Hessische Landesregierung spart also auf Kosten ihrer Beschäftigten. Von einer Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung sind wir weit entfernt.**

Wie reagiert die Gewerkschaft der Polizei – wie reagierst du?

Wir können und wollen die Diktatpolitik der Landesregierung nach Gutsherrenart nicht stillschweigend hinnehmen.

Jetzt sind wir alle gefordert: Beamte, Tarifbeschäftigte, Rentner und Pensionäre.

Wir lassen uns nicht auseinander dividieren. Wer jetzt noch nicht erkannt hat, dass wir eine starke Gewerkschaft der Polizei brauchen, der wird es wohl nie begreifen. Die Früchte seiner Untätigkeit wird er in Zukunft ernten müssen.

Jetzt mache auch du deutlich was du von dem mit dem Beamtenbund ausgeheckten Besoldungsdiktat und dem Tarifiktat hältst und beteilige dich am 26. September an der Kundgebung in Wiesbaden. Gegen Almosen, für eine gerechte Entlohnung!

Mit kollegialen Grüßen



Jörg Bruchmüller
Landesvorsitzender